

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die Nebengespaltene Nonpareilzeile 40 Pfg. — Ausland 50 Pfg.
Die viergespaltene Kellame-Beitelle 2 M. — Für Nachdrucke Sonderkass.
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Kobz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 4.— Mark,
bei Vorverkauf M. 1,75 bezw. M. 7.—

Nr. 178

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Der Friedensvertrag in der deutschen Nationalversammlung.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.)

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung in Weimar wurde vom Präsidenten Fehrenbach um 10 Uhr 45 Minuten eröffnet. Auf der Tagesordnung stand die Ratifizierung des Friedensvertrages mit dem ausbrütlichen Vorbehalt in Bezug auf die Art. 227 und 230 (gerichtliche Belangung der am Ausbruch des Krieges schuldigen Personen).

Der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten Müller führte aus, daß die Deutschen heute und in der Zukunft gegen diesen Friedensvertrag protestieren, jedoch gleichzeitig bemüht sein werden, den Vertrag bis aufs Jota zu erfüllen. Wir beileben uns mit der Ratifizierung, da die Aufhebung der Blockade in Aussicht steht. Wenn das Wort „Frieden“ in seiner Bedeutung keine Einbuße erleiden soll, so muß die Freilassung unserer Kriegsgefangenen erfolgen. Ich danke den neutralen Ländern und dem Papst für ihre Fürsorge von ganzem Herzen. Wir können die Loslösung gewisser Landesteile von Deutschland unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts nicht verzeihen. Wir wollen aber den Deutschen jener Gebiete versichern, daß wir sie niemals vergessen werden, ich bin sogar davon überzeugt, daß auch sie uns nicht vergessen werden. Ueberdies wollen wir unser Heim, das uns noch geliebt ist, so einrichten, daß in unseren uns entrissenen Brüdern und Schwestern das völlige Gemeinschaftsgefühl erhalten bleibe, bis zu der, so hoffen wir, nicht allzufernen Zeit, da jegliche Streitfragen und nationalen Probleme durch den Völkerverbund gelöst werden.

Sozialist Kiezig sagte: Wir erheben Einspruch gegen diesen Friedensvertrag. Wir werden uns nie damit einverstanden erklären können, daß unser Vaterland in Stücke gerissen und eine große Zahl unserer Brüder zum Tragen eines fremden Joches gezwungen wird. Das Bündnis mit Österreich ist unsere unverbrüchliche, unerschütterliche Hoffnung. Wir erheben einen Einheitsstaat mit der Angliederung Österreichs! Wir protestieren gegen die Wegnahme unserer Kolonien. Wer unser Volk der Herausforderung zum Kriege bezichtigt, macht sich einer gewissen Lüge schuldig. Wir sind davon überzeugt, daß der Augenblick kommen wird, da die völkerrechtliche Kraft des aufgeklärten Arbeitervolkes sich stärker als der Imperialismus erweisen und die Rechtlosigkeit und das Unrecht des gegenwärtigen Krieges wieder gutgemacht wird.

Abg. Spahn (Ztr.) führt aus: Wir sind mit dem Friedensvertrag nicht gutwillig und aus innerster Ueberzeugung, sondern unter hartem Drucke einverstanden. Bald wird es sich erweisen, daß der Friedensvertrag in seinen wesentlichen Punkten unersetzbar ist und eine Revision veranlassen wird.

Der Demokrat Schucking bemerkte: Wir können uns mit diesem Vertrag nicht versöhnen. Ich bin überzeugt, daß das ganze Haus mit uns solidarisch in der moralischen Beurteilung der Friedensbedingungen ist. Wir erheben vor der ganzen Welt feierlichen Protest gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir verlieren nicht die Hoffnung und den Glauben an das Gewissen der Welt, an das Wiedererwachen und die Festigung der Grundsätze des Rechts.

Der Deutschnationaler Traub erklärte: Wir geben uns uneingeschränkte Rechenschaft von den Folgen der Ablehnung des Vertrages. Wir hören nicht auf, zu wiederholen, daß dieser Vertrag unersetzbar ist. Wenn wir unsere besten Führer ausliefern sollen, so rufen wir: Hinweg! Die Ehre geht über alles! Die uns durch diesen Frieden geschlagenen Wunden heilen nie, dürfen sie heilen. (Anhaltender Beifall der Rechten und auf der Galerie. Präsident Fehrenbach bittet um Ruhe.)

Der deutsche Volksparteiliche Kahl sagte folgendes: Wir lehnen die Ratifizierung ab und bitten gleichzeitig alle deutschen Völker, die Reichen zu schließen, zur Arbeit zu schreiten und den Glauben an das Vaterland nicht zu verlieren.

Der unabhängige Sozialist Händke bemerkte: Wir anerkennen den Vertrag nur unter dem Drucke der Uebermacht, der wir uns nicht erwehren können. Wir verlangen die Aufhebung

der Blockade und die Heimsendung unserer Kriegsgefangenen. Wir fordern das Proletariat der ganzen Welt auf, uns die Bruderhand zu reichen im Kampfe um die allgemeine Freiheit.

Sozialist Winnig protestierte im Namen der Bevölkerung der Ostmarken gegen die Zerstückelung des Gebiets. Es kommt einst der Tag, an dem der Sieg des Rechts jedes Unrecht gutmachen wird. (Anhaltender Beifall.)

Der Zentrumsdag. Altkott protestierte im Namen der deutschen Bevölkerung des Westens und der Demokrat Walslein im Namen Schleswig-Holsteins.

Präsident Fehrenbach schloß sich diesen Stimmen an und protestierte im Namen der Bevölkerung Ostpreußens.

Hierauf trat eine Unterbrechung ein, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, ihre Stellungnahme zu der Resolution der Nationalen zu bestimmen. Um 12 Uhr 11 Min. eröffnete der Präsident von neuem die Sitzung. Gegen die Resolution sprach sich Müller aus. Die Ratifizierung des Friedensvertrages wurde in allen drei Lesungen durch namentliche Abstimmung mit 208 Stimmen gegen 115 angenommen.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.)

Ministerpräsident Bauer erklärte, daß er sein Programm erst in der nächsten Woche entwickeln werde. Auch der Außenminister Müller wird am nächsten Dienstag sein Programm bekanntgeben. In Parlamentskreisen spricht man von einem Rücktritt Wiffells. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung in Weimar sprach Wiffel nicht auf der Ministerbank, sondern unter den Mehrheitssozialisten. Der Beschluß bezüglich seines Rücktritts wird von seiner Partei ausgehen.

Paris, 10. Juli. (P. A. T.)

Die Nachricht, daß die deutsche Nationalversammlung mit großer Stimmenmehrheit den Friedensvertrag angenommen hat, hat in den diplomatischen Kreisen der Entente große Zufriedenheit hervorgerufen. Alle erwarten mit Ungeduld die Rede des Reichsministers für auswärtige Angelegenheiten Müller in der Frage der künftigen Außenpolitik Deutschlands.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.)

Deutschland will nach der Ratifizierung des Friedensvertrages so schnell wie möglich diplomatische Beziehungen mit den alliierten Mächten anknüpfen. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß zum deutschen Botschafter in Washington Maximilian Harden ernannt werden wird.

Lloyd George über den Friedensvertrag.

Das Reutersche Bureau meldet aus London über die Unterhausführung vom 3. Juli: Ein dichtgedrängtes Haus brachte dem Premierminister Lloyd George eine Ovation.

Lloyd George verteidigte die Bestimmungen des Friedensvertrages und betonte Deutschlands Schuld. Der Friedensvertrag bezwecke, Deutschland zu zwingen, soweit wie möglich wiederherzustellen, zu ersetzen und wiedergutzumachen, und ein Exempel zu statuieren, welches ehrgeizige Herrscher und Politiker davon abhalte, eine solche Niedertracht zu wiederholen. Der Premierminister besprach sodann die Lage Frankreichs und betonte die Notwendigkeit, es gegen herausgeforderte Angriffe sicheres zu stellen. Wenn der Völkerverbund einen Krieg verhindere, so wäre der Bund damit gerechtfertigt.

Lloyd George verteidigte sodann den einstweiligen Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerverbund. Wenn Deutschland zeige, daß es durch das Feuer des Krieges geläutert sei und einsehe, daß seine Politik in den letzten fünfzig Jahren ein schwerer Fehler gewesen sei, dann sei es ein geeignetes Mitglied des Völkerverbundes.

Die Okkupation der Rheinlande werde nicht unbedingt bis zum letzten Tage der 15 Jahre des Vertrages durchgeführt werden. Er sei überzeugt,

daß Frankreich gerne bereit sein werde, diesen Vertragspunkt dann neuerlich zu besprechen, wenn Deutschland aufrichtig den Friedensvertrag durchgeführt haben werde. Die Kosten der Okkupationsarmee werden 240 Millionen Mark jährlich nicht übersteigen.

Lloyd George behandelte hierauf ausführlich das Mandatssystem und das Arbeitsabkommen. Er hob die Rolle hervor, die das britische Reich im Kriege gespielt habe, indem es 7,700,000 Mann für die alliierten Streitkräfte stellte und drei Millionen Verluste hatte. Ohne das britische Reich würde der Krieg nach sechs Monaten zusammengebrochen sein. Die Rolle Großbritanniens sei ein großartiges Beispiel dafür, was ein großes Volk, das einig und von einem gemeinsamen Ziel beseelt sei, erreichen könne. Lloyd George appellierte schließlich an die politische Einigkeit und an die Fortdauer des patriotischen Geistes, der allein den Krieg gewonnen habe und allein zum wahren, ruhmreichen Triumph führe. (Lebhafter Beifall.)

In seiner Rede sagte Lloyd George noch: Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Bedingungen außerordentlich hart sind, aber sie sind gerecht. Was die Territorien betrifft, die Deutschland weggenommen wurden, so ist dies nur eine Wiederherstellung. Das Kostrennen wird nicht mit Gewalt vorgenommen, wo die Bevölkerung nicht unter eine andere Herrschaft kommen will. Es war keine Ungerechtigkeit, sie denen wieder zurückzugeben, zu denen sie gehören wollen. Der Schleswig-Holsteinische Feldzug war einer der niederträchtigsten Nachzüge der Hohenzollern. Ich bin froh darüber, daß es nunmehr dazu gekommen ist, Schleswig-Holstein wieder herzustellen.

Es ist ohne Zweifel, daß die Polen ein Opfer der russisch-österreichischen Autokratie geworden sind. Dieser Vertrag hat aufs neue die Forderung der Polen gestellt, die jetzt über einem freien Staate schwebt. Ich erwähne auch die Neutralisierung Danzigs und derjenigen Territorien, die nicht zu Deutschland gehören wollen. Es wäre doch ungerecht, polnisches Gebiet wegzunehmen, um es unter deutsche Gewalt zu stellen, ebenso ungerecht wäre es, deutsche Gebiete wegzunehmen und unter polnische Herrschaft zu stellen. Dies wäre schon mit Rücksicht auf die strategischen und wirtschaftlichen Gründe töricht und würde nur neue Mißverständnisse und Unruhe in Europa schaffen. Es würde auf diese Weise ein neues Elend-Lothringen entstehen und Deutschland ohne Zweifel ebenso ein Unrecht zugefügt werden wie Polen selbst. Ich frage einen jeden, ob wir irgend eine territoriale Veränderung zungunsten Deutschlands in Europa vorgenommen haben, die nicht gerechtfertigt war und als eine Ungerechtigkeit auch nur im geringsten gegenüber dem Prinzip der Anständigkeit angesehen werden kann.

Was die Entschädigungsfrage betrifft, hätte England die ganzen Kriegskosten Deutschland auferlegen können und sich mit dem zivilisierten Rechtssinn der ganzen Welt im Einklang befunden. Aber es mußte eine Grenze für die Entschädigung gezogen werden und diese Grenze war Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Die Sachverständigen aller großen Nationen haben mit großer Einstimmigkeit einer annähernden Schätzung der Grenze der Entschädigung, die von Deutschland geleistet werden kann, zugestimmt.

Bezüglich der Kolonien steht es fest, daß Deutschland die Eingeborenen schlecht behandelt hat. Wenn wir uns einverstanden erklärt hätten, die Kolonien angesichts der Tatsache, daß die Eingeborenen selbst tätigen Anteil an ihrer Befreiung genommen haben, wieder an Deutschland zurückzugeben, so wären die Kolonien die Ursachen neuer Konflikte geworden. Südwestafrika wurde benützt, um von dort aus zu Unständen aufzufahren und Unruhen hervorzurufen. Andere Kolonien wurden als Baß dazu benützt, um den Handel anderer Länder zu bedrohen und auszusaugen.

Der Friedensvertrag ist ohne jede Nachsicht diktiert. Deshalb fordere ich jeden auf, diejenige Stelle des Vertrages anzuzeigen, wo nach seiner Ansicht die Bestimmungen nicht mit den höchsten Forderungen von Recht und Ehrlichkeit im Einklang stehen.

Frankreich muß für die Zukunft eine Garantie gegen weitere provokatorische Eingriffe gegeben werden. Wenn der Völkerverbund einem Krieg vorbeugt, dann wird er seine Existenz bereits gerechtfertigt haben.

Adamson behielt sich namens der Arbeiterpartei eine eingehende Kritik des Friedensvertrages bis zur zweiten Lesung vor und sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk jetzt, wo der Friede unterzeichnet sei, einsehen werde, daß die einzige Aussicht für eine friedliche und geordnete Weiterentwicklung darin bestehe, daß es versucht, die Friedensbedingungen auszuführen. Er hoffe, daß man Deutschland, wenn es so handle, seine Aufgabe leicht machen werde, und daß man es mit größtmöglicher Verhältnlichkeit behandeln werde.

Carson zollte den Diensten, die Lloyd George der Sache der Alliierten geleistet habe, warme Anerkennung. Die Geschichte werde ihn als einen Mann beurteilen, der mehr als irgend ein anderer getan, um die Freiheit der Welt zu bewahren.

Auf der Tribüne kam es während der folgenden unwichtigen Debatte zu Tumulten. Zwei Frauen protestierten gegen die Entsendung von Soldaten nach Rußland, zwei Männer gerieten in einen Streit, der in eine Schlägerei ausartete. Die Tribünen wurden hierauf gesäubert.

Ein englischer Aufruf für Südtirol.

Die englischen Zeitungen veröffentlichen einen von einflussreichen Persönlichkeiten gezeichneten Aufruf zugunsten des deutschen Südtirol, in dem es heißt:

Als warme Freunde Italiens von jeher, aber die meisten von uns mit Tirol ganz genau bekannt, möchten wir unsere ernste Hoffnung ausdrücken, daß bei nochmaliger Erwägung der Bedingungen des mit Österreich zu schließenden Friedensvertrages die Verbündeten jene Bestimmungen zurückziehen oder abändern werden, durch welche Italien ein großer Teil Mittelitaliens zwischen Bozen und Brennerpaß, eingeschlossen der Vintschgau und das westliche Pustertal, abgetreten wird, Bezirke, die von einer nach Rasse und Sprache deutschen Bevölkerung bewohnt und niemals unter italienischer Herrschaft gewesen sind. Wenn eingewendet wird, daß diese Grenze für die Verteidigung Italiens notwendig sei, so ist die Antwort darauf die, daß die italienische Regierung in ihren Forderungen, die sie im Jahre 1915 an Österreich gestellt hat, als Grenze die Eisafschlucht bei Klausen verlangte. Die Grenze bei Klausen würde für die Verteidigung Italiens reichlich genügen. Abgesehen davon, daß im Jahre 1915 Österreich-Ungarn ein mächtiges Reich war, während Österreich heute ein unbedeutender Staat von bloß sechs Millionen Einwohnern ist, wäre die Ueberantwortung von mehr als 200 000 Tirolern einer Fremdherrschaft, trotz des Appells der Tiroler Landesversammlung vom Februar, eine flagrante Mißachtung jener Grundsätze der Nationalität und des Selbstbestimmungsrechtes, die in den vierzehn Punkten enthalten und von den Mächten verhandelt worden sind und auf Grund deren das Trentino mit Recht Italien zugewiesen wurde. Es hieße die „Italia irredenta“ durch ein unerlöstes Tirol ersetzen; dies würde sicherlich in Zukunft Wirren veranlassen. Dem Völkerverbund würde von vornherein schwer präjudiziert, wenn der Friedensvertrag neue Ungerechtigkeiten schaffe, die der Völkerverbund gutzumachen hätte.

Unter den Zeichnern des Aufrufs befinden sich Lord Bryce, der Althistoriker und Dichter Professor Gilbert Murray, der bekannte Militärgeograph und Schriftsteller Oberst Francis Young, hussard und der Alpinist Martin Conway.

General v. Beseler.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.)

Auf der Liste der Personen, die ausgeliefert werden sollen, steht auch der ehemalige Warschauer General-Gouverneur General v. Beseler.

Die Auslieferung des deutschen Kaisers.

London, 10. Juli. (P. A. T.)

„Daily Chronicle“ schreibt zur Frage der Auslieferung des deutschen Kaisers: Der Gerichtshof wird sich wahrscheinlich aus den höchsten Richtern der beteiligten Mächte zusammensetzen. Die Entente hat sich an die holländische Regierung bereits mit einer Note betreffs der Auslieferung des Kaisers gewandt. Wie verlautet, wird die holländische Regierung antworten, daß sie als eine souveräne Regierung gegen die Verletzung des Asylrechts protestiere, jedoch bemerke, daß sie

mehrlos sei und den alliierten Staaten keinen Widerstand leisten könne.

Die Auslieferung des Kaisers wird ohne Zweifel erfolgen.

„Daily News“ meldet: Die Vorbereitungen zu der Einsetzung eines internationalen Tribunals werden längere Zeit dauern. Englische Regierungskreise nehmen an, daß einer der höchsten englischen Richter den Prozeß leiten wird. Der Kaiser wird einen eigenen Verteidiger haben und ausschließlich der Neutralitätsverletzung Belgiens und Luxemburgs angeklagt werden.

Die Lebensmittelkrawalle in Italien.

Der „Boss, Zeitung“ wird aus Lugano gemeldet: Die Lebensmittelkrawalle in der Romagna und in Toscana nehmen einen anarchistischen Charakter an. In Imola griff die Volksmenge verschiedene Privathäuser an. Hierbei wurden sieben Personen getötet und zahlreiche verwundet.

In Florenz wurde als Protest gegen die Lebensmittelteuerung der Generalstreik erklärt.

Forlì wurde von Kavallerie und Infanterie besetzt. Die Plünderer brachten Waren im Werte von acht Millionen Lire zur Arbeiterkammer, die sie zum halben Preis veräußerten. Die Bewegung hat sich auf Imola, Faenza, Forlino, Ancona usw. ausgedehnt. Überall erzwingen die Volksmengen den Verkauf der Waren zu einem um 50 Proz. ermäßigten Preise und zerstören und plündern im Weigerungsfalle. Die Arbeiterkammern übernehmen allenthalben die Führung und fordern das Volk zur Disziplin auf. Die Parole lautet: „Keine Ausschreitungen, die Revolution ist auf dem Marsche!“

Erste Teuerungsumnahmen werden auch aus Torre und bei Neapel gemeldet. In Genua sind 5000 Metallarbeiter in den Streik getreten. Der Verband der italienischen Seeleute beschloß, die Ausfahrt der Ueberseeschiffe aus dem Hafen Genua zu verhindern; bisher konnten drei Dampfer nicht ausfahren.

Demonstrationsstreik der Entente-Sozialisten.

Paris, 9. Juli.

Die administrative Kommission der Confédération Generale du Travail hat nach längeren Beratungen beschlossen, daß am 21. Juli in Italien und Frankreich alle Arbeit für 24 Stunden unterbrochen werden soll. In dem bei dieser Gelegenheit herausgegebenen Communiqué wird gesagt, daß Maßregeln zur Bekämpfung der Teuerung ergriffen werden müssen, da alle Lohn-erhöhungen nur vorübergehende Erleichterungen bedeuten. Die Demonstration vom 21. Juli werde folgende Bedeutung haben: Sie soll das Verlangen der Arbeiterschaft unterstreichen, daß jede bewaffnete Intervention im Ausland aufgehört, eine schnelle und uneingeschränkte Demobilisierung durchgeführt werden, die verfassungsmäßige Freiheit wieder hergestellt und eine umfassende Amnestie gewährt werden solle. Sie bedeute aber auch und vor allem den Krieg gegen die Teuerung, der mit allen Mitteln durchgeführt werden soll.

Deutsch-polnische Angelegenheiten.

Paris, 10. Juli. (P. A. T.)

Die deutsche Regierung richtete an die Entente eine Note, in welcher sie die Einsetzung einer gemischten deutsch-polnischen Kommission vorschlägt, welche sich mit der Friedensfrage und der geregelten Uebernahme der Ostgebiete Deutschlands durch die polnischen Behörden befassen soll.

Danzig, 10. Juli. (P. A. T.)

„Danziger Neueste Nachrichten“ melden, daß in der auf Veranlassung des Magistrats abgehaltenen Versammlung unter Teilnahme von Vertretern des Handels und der Industrie und der Landwirtschaft in Sachen der Zukunft Danzigs der Bürgermeister von Danzig, Sahm, erklärte, daß Art. 102 des Friedensvertrages, der früher lautete: „Die Stadt Danzig wird nebst der in Art. 100 genannten Umgebung als freie Stadt anerkannt und dem Schutze des Völkerbundes unterstellt“, gegenwärtig nach amtlichen Berichten wie folgt lautet: „Die alliierten und assoziierten Großmächte übernehmen die Konstituierung der Stadt Danzig und des in Art. 100 bezeichneten Gebiets als Freistadt, sie wird dem Schutze des Völkerbundes anheimgestellt werden.“

Danzig, 10. Juli. (P. A. T.)

Heute soll die gemischte Kommission zusammen- treten, die sich mit den vorbereitenden Arbeiten der Konstituierung der Stadt Danzigs befassen werde. Vertreter der Entente sind hier bereits eingetroffen.

Das neue tschechische Kabinett.

Prag, 10. Juli. (P. A. T.)

Das neue Kabinett besteht aus folgenden Ministern: Tuzar-Präsident; Sychla-Innere; Beneš-Außere; Horacek-Finanzen; Haifler-Handel; Hampel-öffentliche Arbeiten; Houdet-

Approvisionnement; Strimny-Berkehr; Pražek-Landwirtschaft; Šrobár-Gesundheit und Slowatei; Džur-öffentliche Wohlfahrt; Veselý-Justiz; Haberman-Kultur; Křofaz-Landesverteidigung; Stanielt-Post- und Telegraphenwesen.

Riga von den Deutschen verlassen.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.)

Die deutsche Botschaft in Mitau meldet, daß die deutschen Truppen Riga verlassen haben. Zum zeitweiligen Gouverneur von Riga wurde seitens der Entente der englische Oberst Jallenta und zum Militärgouverneur der amerikanische Major Sawley ernannt.

Sofales.

Łódź, den 11. Juli.

Der französische Nationalfeiertag.

Uns geht nachfolgender Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Mitbürger!

Mit Anbruch des 14. Juli wird ganz Frankreich vor Freude erschauern. Kanonendonner wird erschallen und die Flaggen werden im Sonnenlicht flattern; an diesem Tage wird die französische Republik ihr Freiheits- und Siegesfest feiern. Es ist das der Jahrestag, an welchem die Mächte der Bastille fielen und unter sich die Ueberreste des Feudalismus begruben, um der neuzeitlichen Demokratie den Weg zu bahnen. Dieser Tag wurde auch gewählt zum Festtag des Triumphes über das Böse, der Kultur über der Uebermacht, der französischen Republik über dem deutschen Kaiserreich.

Es ist daher angebracht, daß an diesem Tage auch in ganz Polen in seiner ganzen Länge und Breite das Lied der Freude erklinge. Polen, das stets in der ersten Reihe der Demonstration der Welt steht, Polen, das heute zusammen mit Frankreich die Früchte des Sieges genießt. Freuen wir uns der Freude Frankreichs und seien wir stolz auf seinen Triumph, der auch der unsere ist! Die mit Frankreich vor Jahrhunderten geknüpften Bande sind nie gelockert worden, in Glück und Unglück waren wir stets beisammen. Das Blut der Napoleonischen Epoche befestigte unseren Vertrag und nicht die Siegel von Diplomaten, und unser Bündnis wurde nicht in der Stille der Kabinette, sondern auf den Schlachtfeldern geschlossen.

Auch in diesen Kriegen ist polnisches Blut auf den französischen Auen geflossen, reichlich haben es die Sambre und die Maas getrunken. Und dafür, daß der unendliche Patriotismus Frankreichs und die grenzenlose Ausdauer den Sieg erkochten haben, dafür, daß durch ihr beispielloses Heldentum der Feind Polens, der Kultur und der Welt in Staub gesunken, daß das Kreuzrittertum von der Weltbühne verschwunden ist, gebührt Frankreich Ehre.

Das Komitee des Festtages der Freiheit und des Sieges fordert die polnische Gesellschaft zur Teilnahme an der Feier auf.

Mitbürger!

Schmückt eure Häuser für den Abend des 13. und den ganzen 14. d. M. festlich mit Fahnen! Nehmt teil an dem Festzug, der, unter dem Vorantritt von Truppen, am 13. Juli um 8 1/2 Uhr abends vom Neuen Ring aus durch die Hauptstraßen der Stadt seinen Weg nehmen wird! Versammelt euch am 14. Juli um 10 1/2 Uhr vormittags auf dem Waffenplatz (Benediktplatz). Die Schriftleitung.) zur Teilnahme an der Truppenparade.

Łódź, am 10. Juli 1919.

Der Regierungskommissar, Der Stadtkommandant und Der Stadtpräsident.

Waren-Ein- und Ausfuhr. Die staatliche Ein- und Ausfuhrkommission (Warschau, Elektoralna 3) bringt den interessierten Handelskreisen zur Kenntnis, daß in den Gesuchen um Genehmigung der Ein- oder Ausfuhr folgendes angegeben sein muß: Name und Adresse des Geschäftsführers, genaue Bezeichnung der Ware, des Gewichts oder der Menge, Wert der Waren, Herkunftsort oder Bestimmungsort, polnische Zollbehörde, in welcher Valuta die Ware bezahlt werden wird, Ort, Frist und Art der Bezahlung; durch wessen Vermittlung die Bezahlung vorgenommen werden wird und was für diese garantiert. Die Bittsteller müssen den Gesuchen eine notariell beglaubigte Abschrift des Handels-Patentes, das bei den Akten des Sekretariats der Kommission bleibt, beifügen. Bei den folgenden Gesuchen ist es dann nicht mehr notwendig diese Abschrift beizufügen. Bei Gesuchen um die Genehmigung der Einfuhr von schon gekauften oder bezahlten Waren müssen die Originaldokumente mit polnischen Uebersetzungen beigelegt werden, welche die Bezahlung der Ware beweisen. Den Rechnungen, die für verschiedene Waren ausgestellt sind, müssen Spezifikationen der Waren in drei Exemplaren mit der Angabe der Einzelpreise und des ganzen Wertes der Ware beigelegt werden. Alle Gesuche, Reklamationen usw., die an die staatliche Ein- und Ausfuhrkommission gerichtet sind, können nur von den unmittelbaren Empfängern oder Abnehmern der Waren (persönlich oder mit der Post) eingereicht werden. Die Absender und Empfänger der Waren, die

persönlich Gesuche abgeben, müssen Ausweise bei sich haben. Von Kommissions- und Expeditionsfirmen werden Gesuche nicht angenommen, sondern ohne weiteres zurückgeschickt. Die Gesuche müssen mit Stempelmarken für 4 Mark versehen sein. Auf jedem Bogen der Anlagen muß eine Stempelmarke für 1 Mark aufgeklebt sein. Nicht gestempelte Gesuche werden den Geschäftstellern unerledigt zurückgeschickt.

Zuckerüberfluß — in der Tschecho-Slowakei. Durch die tschecho-slowakische Zuckerkommission wurde in den letzten Tagen an die verschiedenen zuckerverarbeitenden Gewerbe bedeutende Zuckermengen ausgeföhrt, so daß dieselben in der Lage sind, nicht weniger als 90 Prozent des tschecho-slowakischen Verbrauchs während der Fabrikationsperiode 1913 und 1914 zu decken. Es wurden nämlich den Schokoladen- und Kanditenfabriken 60 Proz. der Verbrauchsquote vom Jahre 1913/14 auf Grundlage des für die verarbeitenden Industrien festgesetzten Preises von 290 Kronen mit einem Zuschlag von 80 Kronen für Kristallzucker und außerdem noch weitere 30 Proz. um einen höheren Preis, nämlich 540 Kronen für 100 Kilogramm Kristall, zugewiesen, so daß damit die Fabriken beinahe die volle normale Zuteilung erhalten haben. Zahlreichen Betrieben wurde außerdem noch eine Menge von Zucker für Exportzwecke zum Preise von 540 Kronen zugewiesen. Den Zuckerbäckern wurde eine Erhöhung der Bezugsquote von 40 auf 60 Proz. des Verbrauchs von 1913 bis 1914 zugestanden, außerdem größere Mengen zum Österrösten. Die Likör- und Spirituosenhersteller erhalten neue Zuteilungen für den Inlandsbedarf und für den Ausfuhrverkehr zum Preise von 800 Kronen für 100 Kilogramm Kristallzucker. Den Erzeugern von Kunsthonig wurde für den Inlandsverbrauch der Zucker zum Preise von 298 Kronen, für Exportzwecke zum Preise von 540 Kronen zugewiesen. Mit größeren Mengen wurden auch die Fabriken bedacht, welche Konerven für die militärischen Feldformationen erzeugen, einzelne Brauereien, Arzneimittelfabriken, Fabriken für Obstwein, Himbeer- und Kirschenmehl und diätetische Artikel. In der Ausfuhr von Zucker sollen sich in letzter Zeit verschiedene Schwierigkeiten ergeben haben.

Bekanntlich bemüht sich die polnische Regierung in Prag um die Ausfuhr von Zucker nach Polen. Auch die Łódzker Verpflegungsdeputation unterhandelt in dieser Angelegenheit mit Prag. Man hofft, daß die Unterhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden.

Auch sonst läßt die Ernährungsfrage in Tschchien nur wenig zu wünschen übrig. Auf eine Person werden jetzt drei Kilogramm Mehl wöchentlich entfallen. Ein Teil auf Brot, ein Teil auf Weizenmehl. An Kartoffeln rechnet man 100 Kilogramm jährlich für Leichtarbeiter und 120 Kilogr. für Schwerarbeiter.

Der amerikanische Tabakkönig als Menschenfreund. Nach „New-York Herald“ hat der bekannte amerikanische Millionär James Duke, der Begründer der American Tobacco Company, beschlossen, in der ganzen Welt, namentlich aber in Europa, Geschäfte einzurichten, in denen allerlei Konsumartikel wie Tabak, Kolonialwaren, Kleider usw. zu billigen Preisen verkauft werden sollen. Er will für diesen Zweck ein Kapital von hundert Millionen Dollar investieren. — Hoffentlich wird auch Łódź dabei berücksichtigt. Dann aber bald!

Evangelisations-Versammlung. In der Baptistenkirche, Rygomska 43, findet heute abend unter Mitwirkung des Gesangschor's eine Evangelisations-Versammlung statt. Entree frei. Jedermann ist herzlich willkommen.

Die Forderungen der Kriegsteilnehmer. In diesen Tagen fanden in den Städten Łódź, Głogów und Pabianice Versammlungen der Kriegsteilnehmer statt, auf denen folgende Entschlüsse gefaßt wurden:

Wir, ehem. Kriegsgefangene und demobilisierten Angehörige der russischen Armee aus Łódź, Głogów und Pabianice in der Zahl von 21 000 beschließen einstimmig folgendes: 1. Damit wir uns Möbel und Sachen, die wir während des Krieges verloren haben, anschaffen können, bitten wir die polnische Regierung um Auszahlung einer Unterstützung in der Höhe von je 1500 M. 2. Damit die russische Regierung ihren früheren Heeresangehörigen für die Zeit des ganzen Krieges eine Entschädigung auszahle, bitten wir um Vermittlung. 3. Den Witwen und Kindern der Gefallenen soll Fürsorge zuteil werden. 4. Es soll eine Verordnung herausgegeben werden, wonach die Posten in staatlichen Einrichtungen, wie Bahn, Post und Telegraphen, Bahnwachen usw., in erster Linie an die früheren Heeresangehörigen vergeben werden. 5. Eine Verordnung soll erlassen werden, wonach verboten wird, von den früheren Heeresangehörigen für die Kriegszeit Miete zu erheben und sie aus ihren Wohnungen zu entfernen. 6. Wir verurteilen alle, die im Lande Verwirrung hervorzurufen versuchen und die richtige Funktionierung des Staatsmechanismus und den Aufbau des polnischen Staates erschweren. 7. Wir fordern die Regierung auf, die Industrie möglichst schnell in Betrieb zu setzen, damit wir nach den Jahren der Irrfahrt Arbeit und Existenz finden. 8. Alle Fabriken, die zugunsten der Okkupanten gearbeitet haben, sollen konfisziert werden. Wir versichern, daß wir die uns gegebene Arbeit gewissenhaft ausführen und die Aufseher verdrängen werden, um unseren Brüdern, die sich unter den Waffen befinden, zu beweisen, daß das Wohl des Vaterlandes uns am Herzen liegt.

Ein Schauturnfest findet, wie angekündigt, am Sonntag in Konstantynow, statt. Außer dem in den Anzeigen erwähnten reichhaltigen Programm sind noch Ringkämpfe vorgelegt.

Von der Armenodeputation. Dem Vierteljahrsbericht (April bis Juni 1919) der Armenodeputation entnehmen wir folgendes: Unterstützungen wurden auf die Summe von 121 167 M. verabsolgt, darunter normale 53 563 M., Ergänzungsunterstützungen 66 481 M. und einmalige 1122 M. Die Darlehnskasse verlieh 136 M., zurückerstattet wurden 7646 M.

Das Ackerbeckomitee verteilte bis 30. Juni 4123 Ackerbeete, die einen Flächenraum von 351 Morgen und 84 Ruten einnahmen, die Gesamtpachteinahmen betrugen 2369 M., in der Berichtszeit wurden 2846 Korzer (Saatkartoffeln) verabsolgt.

In die städtische Krankensammelstelle wurden 90 Personen eingeliefert; im Bittlerheim waren 61 Personen unterbracht. Die Unterhaltungskosten des Bittlerheims betrugen 40919 M.

Die christliche Frauensektion für Krankenpflege besaß sich mit 9685 und die jüdische mit 975 Kranken; die christliche verabsolgte 105 349, die jüdische 55 494 Mittageffen. Die Ausgaben der christlichen Sektion betrugen 79 839 M., die der jüdischen 51 003 M.

Das Łódzker Kuratorium für Reservistenfamilien zählte in den Monaten April und Mai (im Juni trat bereits die Liquidation ein) 146 490 M. an Unterstützungen aus; diese erhielten 11 664 Personen. Unter Fürsorge des Kuratoriums befanden sich 523 Kinder.

Verhaftungen. Gestern wurde eine gewisse Jolisa Kasińska verhaftet. Die Festgenommene hat in der Prędzkańskastraße 35 bei der M. Michalska an einem Diebstahl teilgenommen und in der Brzezinskastraße 39 bei der B. Heleniak Zigaretten gestohlen. In der Prędzkańskastraße 50 wurde um 3 Uhr nachts ein gewisser Jan Swoboda verhaftet, der Sachen, die er bei einem gewissen Siegwit in der Millionowastraße gestohlen hatte, mit sich führte. Nachts um 2 Uhr wurde der 19-jährige Roman Morawski, wohnhaft Brzezinskastraße 32, in der Petrusstraße verhaftet, der in Socken ging. Wie es sich erwies, ist Morawski aus Tomaszów aus der Haft entflohen. Gleichzeitig wurde die Schwester des Verhafteten der Kriminalpolizei übergeben, die in dem Kommissariat erschien, um den Verfasser des Protokolls mit 200 M. zu bestechen. Wegen unerlaubten Straßenhandels mit Zigaretten wurden angehalten: J. Pich, Wileńskastraße 16, J. Swientowicz, Skłodowskastraße 23, B. Plade, Jawadzińska 19 und M. Lawski, Lipowastraße 58. Die konfiszierten Zigaretten wurden dem Finanzamt überwiesen.

Betrug mit Zwirn. Nicht genug, daß die Fabrikanten sich für ihre Waren hohe Preise zahlen lassen, suchen sie ihren Gewinn durch betrügerische Handlungen noch zu erhöhen. So wird in einem Łódzker Kommissionsgeschäft Nähzwirn vertrieben, der auf so dicken Nollen aufgewickelt ist, daß er diese kaum zweimal umgibt. Die Rollen, die eine Mark kosten, tragen das, natürlich gefälschte, Etikett der englischen Nähzwirnfirma Clark & Co.

Spende.

Auf der am 8. Juli stattgefundenen Silberhochzeitfeier bei Herrn Johann Frommberg in Głogów wurden durch Herrn Lehrer Adolf Weiß 7450 M. gesammelt, wovon die eine Hälfte für eine Wohltätigkeitsanstalt in Pabianice, die andere für das Kriegsheim in Łódź bestimmt wurde. Indem wir hiermit für die uns zur Verfügung gestellten Spenden danken, überlassen wir die 3725 M. Herrn Pastor Schmidt in Pabianice zur Verteilung nach seinem Gutmäßen.

Sport.

„Sturm“ — An English XI“ — 3:0.

Das vorgestrige Spiel, daß so viel von sich reden machte, hatte ein zahlreiches Publikum angelockt. Kein Wunder, wer wollte nicht englische Fußballer auf unserem Rasen sehen? Für diejenigen, die stets mit dem Weiten bei der Hand sind, bedeutete dieses Spiel einen Reizfall, denn das Endergebnis fiel ganz anders aus, als viele es sich ausgemalt haben mögen. Wie dem auch sein mag, — dieses Wettspiel bot unserer Łódzker Sportwelt eine angenehme Abwechslung.

Punkt 6 Uhr wurde der Ball angestoßen. Das Spiel trug gleich zu Beginn einen scharfen Charakter, was die Gemüter der Zuschauer erregte. Durch die außergewöhnliche Gewandtheit der engl. Spieler, war es ihnen möglich gleich zu Anfang vor dem Tor des „Sturm“ gefährliche Momente zu schaffen. Dennoch gelang es den „Roten“ (Sturm) mehrere Mal vorzudringen, deren Angriffe jedoch stets zurückgewiesen wurden. An dieser Stelle sei der guten Verteidigung der Engländer gedacht. Dank des vorzüglichen Zusammenspiels der „Roten“ gelang es ihnen durchzubrechen, bei welcher Gelegenheit der Rechtsaußen Minsberg in der 19. Minute das 1. Tor schoß. Nun raffte sich der Gegner zusammen, der jedoch, infolge mangels an Zusammenhalt, die Lage nicht zu ändern vermochte.

Weniger reich an spannenden Momenten war die 2. Halbzeit. So schaffte die Engländer auch das Spiel einleiteten, so sehr ließen sie in der 2. Hälfte nach. Diese Gelegenheit nutzten die „Roten“ geschickt aus, indem sie das Tor des

Gegners unaufhörlich bedrohten. Sehr gut war auch der engl. Vorkämpfer, der sich nie aus seiner gelassenen Ruhe bringen ließ und manchen Ball zurück ins Feld schickte. Nun wandelte der Ball hin und her, bis es den „Knoten“ wiederum gelang, durchzubrechen, wobei der Halblinke Fjörer das 11. Tor in der 53. Minute schoss. Bei einem neuerlichen Vorstoß konnte der Linksaußen in der 65. Minute das 3. und letzte Tor schießen. Noch in der letzten Minute wurde das Tor der Engländer auf das gefährlichste bedroht, was jedoch ergebnislos verlief.

Erwähnt sei noch das Spiel des Mittelländers sowie des Linksaußen der Engländer. Herr Meneel leitete das Spiel zur Zufriedenheit beider Parteien.

Wir glauben in der Annahme nicht fehlzugehen, daß dem polnischen Roten Kreuz ein beträchtlicher Betrag zugesprochen ist.

Theater und Konzerte.

Eine deutsche Operetten- und Operngesellschaft in Lodz. Wie man uns mitteilt, wird binnen kurzem eine Operetten- und Operngesellschaft unter Leitung des Herrn Adolf Moser einen Zyklus von Operetten-Vorstellungen geben. Als Regisseur wird Herr Paul Köhler, das langjährige Mitglied des Lodzger Theaters, tätig sein. Der musikalische Teil liegt in den Händen des talentvollen Kapellmeisters Herrn Berthold Glosin. Als erste Gesangskraft wird uns Fräulein Rena Behrens von der Wiener Oper bezeichnet. Diese berühmte Sängerin besitzt einen wunderbaren Koloratur-Sopran mit ausgezeichnetster Schulung. Der Chor besteht aus 30 Personen. Als Premiere wird Johann Strauß' unverwundliche melodienreiche Operette „Der Zigeunerbaron“ in Szene gehen.

Grandfino. Gegenwärtig wird im Grandfino der Film der italienischen Gesellschaft „Cines“, „Samlet“ vorgeführt. Man sollte glauben, daß dieses Kunstwerk Staatsparades im Kino paratop wirken würde. Diese Meinung ändert sich aber sofort, wenn man den Film der sowohl in technischer als auch in plastischer Hinsicht ein wahres Kunstwerk ist, gesehen hat. Der Film zeigt uns einen stummen Samlet, der jedoch durch seine plastischen Bewegungen zu uns spricht. Die Titelrolle spielt Roger Nodgerri mit einem Leidenschaft, wie er natürlich nicht sein kann. Als Daphnia sehen wir zum erstenmal die polnische Künstlerin Helena Matowiska, deren Spiel über jeder Kritik erhaben ist.

Vereine u. Versammlungen.

Versammlung des Arbeiterrats. Am Mittwoch fand im Konzertsaal eine Vollversammlung des Arbeiterrats statt. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Spaltung in dem Arbeiterrat behandelt. Ein Mitglied des Präsidiums gibt darüber Aufklärung und kritisiert scharf den nationalen Arbeiterverband (N. A. V.), die Christliche Demokratie (Ch. D.) und die P. P. S., die aus dem Arbeiterrat ausgeschlossen sind. Dieser Schritt wurde in Entschiedenheit scharf verurteilt, worin der Arbeiterrat aufgefördert wird, auch weiterhin seine Tätigkeit fortzusetzen. Als folgender Punkt werden die letzten Ereignisse in Warschau behandelt. Ein Komunist, der den Ereignissen in Warschau beigewohnt hat, schilderte diese. Das Andenken der Opfer wurde von den Anwesenden durch Erheben von den Sigen geehrt. Redner beantragte die Fassung einer Protestentscheidung; nachdem noch ein Redner der Fraktion „Boale-Zion“ gesprochen hatte, wurde ein solcher Protest gefaßt. Sodann wurde über die jüdenfeindlichen Ausschreitungen verhandelt. Eine längere diesbezügliche Rede hielt der Arbeiterdelegierte Wawrzynski, worauf eine Protestentscheidung gefaßt wurde. Sodann wurde die Inbetriebsetzung der Fabriken und die Beschäftigung der Arbeitslosen besprochen. Auch über die Lebensmittelförderung wurde beraten. Es wurde verlangt, daß die Unterhaltungsätze für die Arbeitslosen erhöht werden sollen. Zum Schluß wurde beschlossen, Neuwahlen durchzuführen.

Eine Generalversammlung der Mitglieder der 6. Leih- und Sparkassengesellschaft fand dieser Tage statt. Die Gesellschaft besteht seit 1910 und zählt 1465 Mitglieder. Im Berichtsjahr 1918 wurde eine Anleihe von 7000 Mark aufgenommen. Zum 1. Januar 1919 bezugen die Anteile 137,546 Mark. An veranlagten Darlehen befanden sich bei den Mitgliedern 40,322 Mark. Im Jahre 1918 wurden an Darlehen 68,043 Mark zurückgestellt und an Zinsen 23,525 Mark bezahlt. An Einlagen wurden den Mitgliedern 49,515 Mark zurückverlangt. Am 1. Januar 1919 betrugen die Einlagen 19,311 Mark. Die Bilanz schloß mit der Summe von 588,540 Mark. Der Haushaltsplan für das laufende Jahr wurde mit 24,300 Mark angenommen. In die Verwaltung wurden ergänzend zugewählt die Herren Jagodzinski, Kalinowski und Duchnowski.

Aus der Umgegend.

Alexandrow. Vereinsbesuch. Der hiesige evangelische Jugendverein entwickelt auch im Sommer eine sehr rege Tätigkeit, indem er Beziehungen mit anderen Vereinen anknüpft und zu pflegt. Als Folge eines früheren Besuchs des Jugendvereins in Opatow fand am Sonntag erfolgte Gegenbesuch der Jugend des Opatower Kirchengemeinschafts-Vereins „Konfordia“ zu verzeichnen. Um 1/2 10 Uhr feierten die ersten Wagen mit den Gästen ein, die Vereinslokale von den Vorständen und einigen

Mitgliedern erwartet und freudig begrüßt wurden. Es wurde ein Rundgang durch die Stadt unternommen, bis die Glocken in die Kirche riefen. Die Gäste verbrachten den Gottedienst mit zwei hübsch vorgetragenen Liedern. Nach dem im Vereinslokal eingenommenen Mittagessen wurde die Zeit durch Vorträge des Musikchors sowie durch verschiedene Spiele gekürzt, bis die Gäste sich dem allgemeinen Ausmarsch der Vereine zum Wohltätigkeitsfest anschlossen. Viel zu früh, leider, mußten die Gäste aufbrechen, um ihre Heimat noch vor der Polizeistunde zu erreichen. Begleitet von einigen Vorständen und Mitgliedern begaben sich die Gäste unter Mandolinen- und Gitarrenspiel vorerst nach der Stadt zum Vereinslokal zurück, von wo sie nach kurzer Rast mit ihren Wagen die Stadt verließen.

Aus dem Reiche.

Warschau. Der 10. Pavillon. Gestern um 1/2 11 Uhr vormittags hat der Chef des Staates im 10. Pavillon der Warschauer Zitadelle persönlich zwei Zellen geöffnet: die von Traugott und seine eigene. An der Feier nahmen nur geladene Gäste teil.

Rückkehr der Akademischen Legion. Am 8. Juli kehrte nach halbjährigen Kämpfen mit den Ukrainern, nach der Verteidigung von Lemberg und Ostgalizien das 1. Bataillon des 36. Infanterieregiments, die sogenannte akademische Legion, nach Warschau zurück. Am 4. Januar 1919 rückte dieses Bataillon 1000 Mann stark ins Feld, wo es ganze sechs Monate verblieb. Von dieser Zahl sind rund 250 Mann zurückgekehrt; also kaum der vierte Teil.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen ehemaligen deutschen Geheimagenten. Dieser Tage erledigte das Berufungsgericht eine Berufungsklage des Einwohners von Warschau Ledermann, der von der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht in Bloch dafür zur Verantwortung gezogen worden war, weil er während der deutschen Okkupation in Bloch als polnischer Unterthan Geheimagent der deutschen Feldpolizei war und zur Verfolgung der polnischen Heeresorganisation beitrug und sich überhaupt an staatsfeindlichen Handlungen beteiligte. Das Appellationsgericht ließ die Appellationsklage Ledermanns unberücksichtigt und bestätigte den vom Blocher Bezirksgericht gefällten Urteilspruch, wonach Ledermann schon nach der Anwendung der Amnestie wegen Spionage zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Diebstahl bei der Post. In diesen Tagen wurde zufällig ein Diebstahl von Briefmarken aus den Lagern des Postministeriums festgestellt. Durch die Revision wurde das Fehlen von 500 Bogen mit je 100 Stück 250 Pfennigmarken festgestellt.

Reichstag.

74. Sitzung. 9. Juli.

Abg. Zamorski verliest einen Bericht der Kommission, die zur Untersuchung der ukrainischen Greuelthaten in Ostgalizien abgeleitet war, und bemerkt, daß die Arbeiten der Kommission mehrere Monate in Anspruch nehmen werden. Das Oberkommando, der Landesausschuß, die Statthalterei, sowie England und Frankreich haben die Reichstagskommission durch ihre Delegierten verstärkt. Das Material will die Kommission als ein Gedächtnisbuch herausgeben.

Der Referent stellt fest, daß die Tragödie Ostgaliziens im Augenblick des Zerfalls der österreichisch-ungarischen Monarchie, d. h. am 1. November 1918 ihren Anfang nahm. An die polnische Bevölkerung wurden keine Lebensmittel abgegeben, den Beamten wurden die Posten und Einnahmen entzogen, überall wüthete man Verschwörungen, es wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, die von Raub und Mord begleitet waren und es begannen die Internierungen. Redner fährt ferner eine Reihe von unerhörten durch die ukrainische Soldateska begangenen Greuelthaten an und schließt mit einer Resolution, die die Regierung auffordert, der Kommission jede gewünschte Hilfe zu erteilen. Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Das Haus schreitet zur Wasserkommunikationsfrage.

Der Berichterstatter der vereinigten Kommissionen für öffentliche Arbeiten und Wasserwege, Abg. Kenedy, weist auf die Wichtigkeit der Wasserkommunikation insbesondere für Polen hin, welches größtenteils Wasserartikeln von großem Umfang produziert, und stellt fest, daß der Bau von 2 Kanälen mit Leichtigkeit ausgeführt werden könne. Beide Kommissionen beantragen den Bau eines Kanals Bug—Warschau, sowie eines zweiten, durch die österreichische Regierung bereits in Angriff genommenen, zwischen Kralau und Schlesien. Ferner schlägt die Kommission die Regulierung der Weichsel vor. Es wird außerdem die Erlassung eines grundsätzlichen Gesetzes verlangt, demzufolge der Bau von Wasserwegen ausschließlich auf Staatskosten erfolge.

Bzüglich des Antrags des Abg. Kotula in Sachen der Bildung eines Ministeriums für Schifffahrt und Wasserwege erklärt der Referent, daß dieser Antrag am 29. April 1919 durch einen Reichstagsbeschluß bereits erledigt wurde.

Abg. De Rosset weist auf den Bau eines Kanals hin, der das Kohlenbassin mit der Weichsel verbinden würde.

Nach der Abstimmung wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung en bloc angenommen.

Hierauf wurde ein Bericht der Finanz- und Budgetkommission in Sachen der Unterstützung der Volksschulen, sowie ein Bericht der Kommission zum Wiederaufbau des Landes über den Antrag der Abgg. Lubelski und Materkiewicz in Sachen des sofortigen Aufbaus und Ausbesserung der zerstörten Volksschulen verlesen. Der Reichstag hat den Antrag der Kommission angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Sitzung vom Freitag.

In der gestrigen Sitzung wurde das Agrarreformgesetz verabschiedet. Der § 6 wurde in der Fassung der Minderheit der Kommission mit 183 gegen 182 Stimmen angenommen. Danach ist der unbefristete Höchstbesitz einer Familie zwischen 60 und 180 Hektar; im preußischen Teilungsgebiet und in den Grenzmarken kann dieses Höchstmaß auf 400 Hektar erhöht werden. Fortsetzung folgt.

Sekte Nachrichten.

Am Polens Grenzen.

Generalstabsbericht vom 10. Juli.

Galizisch-polnische Front: Im Abschnitt Rafalowka sind die Bolschewiki weiter im Rückzuge über den Doryn und unterhalb Mlynof und Kolt.

In Galizien herrscht an der ganzen Front lebhafteste Erkundungstätigkeit. Deslich Bucacz zerstörte eine unserer technischen Abteilungen die Bahnlinie, wodurch es einem ukrainischen Panzerzuge unmöglich wurde, sich zurückzuziehen; er wurde von unserer Abteilung erbeutet.

Podlasische Front: Die seit einer Woche unter der Leitung des Generals Bistowski ausgeführten Operationen in Podlasie wurden durch die Eroberung von Luniniec geteilt. Nach erbittertem Kampfe mit der bolschewistischen Besatzung, die durch frische ausgewählte chinesische und Matrosenabteilungen verstärkt wurde, bemächtigten unsere Truppen sich dieses Bahnknotenpunkts. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes G. A. O. Oberst.

Posener Bericht vom 10. Juli.

Nordfront: Abends wurde ein Angriff der Deutschen auf Grabowko abgewiesen. Im Kujawischen Abschnitt schwaches Minenfeuer. An den anderen Abschnitten unverändert.

Westfront: Im allgemeinen ruhig.

Südfront: Schwaches Artilleriefeuer auf Mirkow. Sonst ruhig.

Wroczyński, Generalleutnant, Chef des Stabes.

Wieruszow wird weiter bombardiert.

Warschau, 10. Juli. (P. A. T.) Aus militärischen Kreisen wird berichtet: Von der Unterzeichnung des Friedensvertrages und der Veröffentlichung von Aufrufen der Posener Deutschen, in denen die Loyalität gegenüber der polnischen Regierung zum Ausdruck gebracht wurde, werden Wieruszow und die Grenzortschaften weiterhin von der deutschen Artillerie beschossen. Viele Häuser sind verbrannt. Es sind auch Verwundete zu verzeichnen.

Die Posener Deutschen.

Posen, 10. Juli. (P. A. T.) In der Angelegenheit des Aufrufes der Posener Deutschen lesen wir in den „Posener Neuesten Nachrichten“: Der in der Sonnabendnummer der „Posener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte Aufruf hatte unerwartet großen Erfolg. Obwohl er nur einmal abgedruckt und durch keinerlei Agitation unterstützt wurde und trotz der schlechten Verbindung mit der Provinz ließen bis gestern 6 Uhr nachmittags mehrere tausend Unterschriften ein, die wir der politischen Abteilung des polnischen Obersten Volksrats mit der Bitte zusandten, sie dem Ministerium des Äußern in Warschau zu übermitteln. Unter denen, die die Unterschrift unterzeichnet haben, befinden sich die hervorragendsten deutschen Persönlichkeiten der Provinz Posen, die Bewohner ganzer Städte und Dörfer und viele Bürger Posens. Außerhalb Posens laufen unausgesetzt weitere Unterschriften ein.

Die Friedensliebe des deutschen Kronprinzen.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.) Der ehemalige Ordnonanzoffizier des ehemaligen Kronprinzen Rittmeister Radeberg richtete an Clemenceau nachstehendes Schreiben. Herr Präsident! Im Falle, daß gegen Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den früheren deutschen Thronfolger ein Strafverfahren eingeleitet werden sollte, bin ich als früherer Ordnonanzoffizier beim Stabe Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit bereit unter Eid und auf meine Ehre als Offizier auszusagen; 1. daß der Thronfolger vor dem Kriege alle Bemühungen, die auf eine Unmöglichkeit der europäischen Kriege abzielten, energisch unterstützte; 2. daß der Thronfolger im Oktober 1914 mit Frankreich Verhandlungen aufzunehmen trachtete; 3. daß er im Jahre 1917 einen Plan guthieß, der durch Vermittlung Englands den allgemeinen Frieden anstrebte.

Verhandlungen über die Rheinprovinz.

Berlin, 9. Juli. (P. A. T.) Das Abkommen, betr. die Okkupation der Rheinprovinz stellt einen besonderen Abschnitt als Ergänzung

zum Friedensvertrag dar und erhält Rechtskraft nach Ratifizierung des Vertrags. Ungeachtet des grundsätzlichen Einverständnisses Deutschlands mit der Einhaltung der Bedingungen wandte sich das deutsche Außenamt an Clemenceau mit der Bitte um Vornahme einiger Abänderungen und Milderung der Bedingungen. Clemenceau antwortete, daß die Bitte des Ministeriums geprüft werden wird und er bereit sei, diesbezügliche Verhandlungen anzuknüpfen. Im Auftrage der deutschen Regierung wurden zu den Verhandlungen Unterstaatssekretär Lewal, Regentenschaftspräsident von Köln Geheimrat Stard und Regentenschaftspräsident Friedberg abgeleitet.

Die Streiklage in Deutschland.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.) Die Lage in Berlin, hauptsächlich in bezug auf den Verkehr, hat sich fast nicht geändert. Der Streik der Bahn- und Straßenbahnbeamten dauert an. Nur die Ringbahn ist im Betrieb. In Hannover kam es abermals zu Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Spartacisten. Letztere erstickten mehrere Gefangnisse, aus denen sie die Insassen befreiten, nahmen die Geldkassen an sich und verbrannten die Akte und dgl. Ueber Hannover wurde der Belagerungszustand verhängt.

Holländische Lieferungen für Deutschland.

Berlin, 10. Juli. (P. A. T.) Holland hat das Verbot der Ausfuhr von Tee, Kaffee und Pferden nach Deutschland aufgehoben.

Ernährungsschwierigkeiten in Deutsch-Österreich.

Wien, 9. Juli. Der Reichskanzler machte während der Unterredung mit Herrn Dulafin in Saint-Germain nochmals auf die in letzter Zeit außerordentlich gesteigerten Schwierigkeiten der Ernährung, auf die finanzielle Bedrängnis Deutsch-Österreichs und insbesondere auf gewaltige Arbeitslosigkeit aufmerksam und ersuchte Herrn Dulafin, von der steigenden Gefährdung des Landes dem Obersten Rat Mitteilung zu machen.

Ein neues Gerücht über den Erzaren.

Senz, 9. Juni. Der „Beit Nicosis“ meldet aus Nizza, daß nach Aussagen einer hochstehenden russischen Persönlichkeit Zar Nikolaus II. und seine Familie auf einer griechischen Insel leben und wohl auf sein sollen.

Ataman Grigoriew ermordet.

Bukarest, 10. Juli. (P. A. T.) Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge, ist der Eroberer von Odesa, Ataman Grigoriew, von den Bolschewiki ermordet worden.

Der Tunnel unter dem Kanal.

London, 10. Juli. (P. A. T.) Das Unterhaus verhandelte über den Bau eines Tunnels unter dem Kermellanal. Eine Resolution die vom Hause angenommen wurde, verlangt eine Unterstützung der Regierung in dieser Frage. Ministerpräsident Lloyd George und andere Minister sprachen sich für die Durchführung des Projekts aus.

Influenzaepidemie in England.

Berlin, 9. Juli. Die Influenzaepidemie scheint von neuem in gefährlichem Umfang aufzutreten. Nach einem Telegramm aus Amsterdam teilte in der Sitzung des englischen Unterhauses der neue Gesundheitsminister mit, daß während der letzten sechs Monate bis zum 31. März 1919 in England und Wales allein 136 000 Personen an Influenza gestorben sind.

Die „Lodzger Freie Presse“ ist die billigste Zeitung am Platze.

Warschauer Börse.

Warschau, 10. Juli.

	10. Juli.	9. Juli
6% Obl. der Stadt Warschau 1918/19		
6% Obl. d. St. Warsch. 1917 auf Wl. 100		
5% Obl. der Agrarbank auf Wl. 100		
4 1/2% Pfandbriefe der Agrarb. A. und B.	198.75—50	199.50—25—00 198.50
4% Pfandbriefe der Agrarb. A. und B.		179.50
5% Pfandb. der St. Warschau auf Wl. 3000 und 1000	210.25—00—209.75—50—208.75—50	211.50—00—210.50—00—209.75—50
4 1/2% Pfandb. der St. Warschau auf Wl. 3000 und 1000		198.50—25—00—197
4 1/2% Pfandbriefe der Stadt Lodz	282.00—283.50	273.50—281.00
(Kleinscheine)		
1 Pfund Sterling		82.00—84.00
1000-taler	118.75—113.25	117.50—114.00—113.50
Dumarschel 1000-er		60.25—00
Kleinscheine		
Dumarschel 250-er		
Reenten	54.10—51.40	53.90—54.25

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter Hans Kriesche, Lodz.

Druck „Lodzger Freie Presse“, Petrikauer Straße 85.

